

Umbau fällt bescheidener aus und verzögert sich

Angedachte Planung der Stephan-Brodmann-Schule käme Gemeinde viel zu teuer. Architekturbüro muss neues Konzept erarbeiten

VON CORINNA RAUPACH

Immenstaad – Weitgehender Erhalt der Bausubstanz, keine großflächige Verglasung und Beibehaltung der Außenmaße des jetzigen Gebäudes – aus Kostengründen muss der Umbau der Stephan-Brodmann-Schule bescheidener ausfallen als geplant. Ortsbaumeisterin Andrea Kneißl stellte am Montag die Sparvorschläge der Verwaltung dem Gemeinderat vor. Dazu gehört die Feinjustierung des Raumprogramms.

„Wenn wir uns den Grundriss ansehen, stellen wir fest, dass der Entwurf



von Architekt Schwarz einen erheblichen Flächenzuwachs vorsieht“, sagte Kneißl. Dies liege vor allem an den Fluchtbalkonen rund um die Obergeschosse. Auf diese solle verzichtet werden, wenn ein zweiter Fluchtweg im

Gebäude billiger zu realisieren sei. Gebäude und Fassade sollen weitgehend erhalten und kostengünstig saniert werden, die geplante Lamellenfassade wegfallen. „Hierfür soll ein grober Kostenrahmen von rund zehn Millionen

Der Umbau der Stephan-Brodmann-Schule verzögert sich, nachdem sich die Planung des Architekturbüros als viel zu teuer herausstellte. Durch die nun nötige abgespeckte Neuplanung verzögert sich das Projekt und das Gebäude ist länger für Flüchtlinge verfügbar.

BILD: CORINNA RAUPACH

Euro festgelegt werden“, sagte Kneißl.

Im Oktober hatte Uwe Schwarz den Entwurf des Architekturbüro Hildebrand und Schwarz präsentiert. Er sah vor, den Altbau bis auf die Grundstrukturen rückzubauen und neu zu gestalten. Geplant war eine fast quadratische Grundform mit klarer Raumstruktur, großem Oberlicht, viel Glas und Holz. Die Fluchtbalkone sollten Ausweg, Auslauf und Schatten für die Stockwerke darunter bieten. Das Architekturbüro rechnete mit Gesamtkosten von rund 16,7 Millionen Euro. Ortsbaumeisterin Kneißl kam sogar auf Kosten von bis zu 24 Millionen Euro. Der Rat hatte daraufhin die Verwaltung beauftragt, Einsparvorschläge zu erarbeiten und dem Architekturbüro vorzulegen.

„16 bis 24 Millionen, wie in der vorletzten Sitzung genannt, ist für uns

beim besten Willen nicht zu stemmen“, sagte Bürgermeister Johannes Henne. Er wies darauf hin, dass es noch keine Rahmenbedingungen für die räumliche Umsetzung der Ganztagsbetreuung gebe. Grundsätzlich merkte er an: „Der vom Bund beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt für uns Kommunen nicht zu schaffen. Wo sollen wir das Personal hernehmen?“

All das bedeutet, dass der Zeitplan für den Umbau nicht einzuhalten ist. Eine neue Planung des Architekturbüros steht an, eine neue Abstimmung mit Nutzern und Gemeinderat ebenso. Durch die Verzögerung steht die während der Bauzeit als Ausweichquartier vorgesehene alte Grundschule ein halbes Jahr länger für die Unterbringung ukrainischer Geflüchteter bereit.